

Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013: Schwarz-grüne „hessische Verhältnisse“

Thorsten Faas*

1. Ausgangslage¹

Hessen ist immer für eine politische Überraschung gut. Zuletzt war die Landespolitik 2008 in heftige Turbulenzen geraten, denn die damalige Landtagswahl hatte zu einer „Wiederkehr der ‚hessischen Verhältnisse‘“² geführt. Wieder einmal hatte der erstmalige Einzug einer Partei ins Parlament (wie schon 25 Jahre zuvor im Falle der Grünen) diese Turbulenzen ausgelöst. Dieses Mal war es die Linkspartei, deren Wahlerfolg 2008 in der Folge keine einfache Koalitionsbildung zuließ. Keines der beiden politischen Lager, die sich in Hessen traditionell starr gegenüberstehen – CDU und FDP auf der einen, SPD und Grüne auf der anderen Seite – war aus eigener Kraft dazu in der Lage, eine stabile Regierung zu bilden. Auch auf koalitionspolitische Experimente war das Land nicht vorbereitet, im Gegenteil: Sie waren im Vorfeld der Wahl 2008 gänzlich und unmissverständlich ausgeschlossen worden, einschließlich einer Großen Koalition, die in Hessen ebenfalls den Status eines Experiments gehabt hätte.

Gemäß der hessischen Landesverfassung blieb so die Landesregierung unter Ministerpräsident *Roland Koch*, der seit 1999 in Hessen und seit 2003 gar mit absoluter Mehrheit regierte, geschäftsführend im Amt – eine fortwährende Provokation in den Augen vieler Sozialdemokraten und Grüner. Ihre Spitzen, *Andrea Ypsilanti* und *Tarek Al-Wazir*, versuchten vor diesem Hintergrund, aber eben entgegen ihrer ursprünglichen Absage an genau solche Unterfangen, mit Unterstützung der Linkspartei an die Regierung in Hessen zu gelangen. Sollte *Kochs* Appell aus dem damaligen Wahlkampf – „Ypsilanti, Al-Wazir und die Kommunisten stoppen“ – doch ins Leere laufen? Letztlich scheiterten zwei entsprechende Versuche, ein Dreierbündnis zu schmieden, am internen Widerstand einzelner Abgeordneter der SPD, der zweite unter dramatischen Umständen erst auf den letzten Metern der sprichwörtlichen Zielgeraden.³

So blieb schließlich nur der Weg zu Neuwahlen, die am 18. Januar 2009 – weniger als ein Jahr nach der vorhergehenden Wahl – stattfanden. Für die SPD brachten diese das mit Abstand schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte mit sich; die Kombination aus landesinternen Verwerfungen im Nachgang der gescheiterten Regierungsbildung mit dem schlechten Image der Partei auf Bundesebene als Juniorpartner in der Großen Koalition

* Herzlicher Dank gebührt *Fabienne Kasper*, die mich bei der Zusammenstellung des dem Artikel zugrunde liegenden Materials unterstützt hat.

1 Basis der Abschnitte 1, 2 und 4 ist die einschlägige Medienberichterstattung, insbesondere der FAZ, der FR sowie von HR-online; siehe auch Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahl in Hessen 22. September 2013, Mannheim 2013, http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News_Hessen_2013.pdf (Abruf am 8. Mai 2014); Infratest dimap, WahlREPORT Landtagswahl 2013: Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013.

2 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck / Thorsten Faas: Die hessische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Wiederkehr der ‚hessischen Verhältnisse‘*, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 1, S. 16 – 34.

3 Vgl. ebenda, S. 31 f.

erwies sich als verheerend. Dem hatte *Thorsten Schäfer-Gümbel*, der eher aus der Not heraus geborene Spitzenkandidat der SPD, letztlich wenig entgegenzusetzen. Am Ende standen 23,7 Prozent der Landesstimmen für die SPD, gleichbedeutend mit einem Verlust von 13 Prozentpunkten.⁴ Und dennoch: „TSG“ hatte sich aus aussichtsloser Position kommend im Wahlkampf Respekt und Ansehen erarbeitet – innerhalb wie außerhalb der Partei. Es gelang ihm, sich nach der Wahl als neues Machtzentrum der hessischen SPD, ausgestattet mit Partei- und Fraktionsvorsitz, zu etablieren.

Die Grünen distanzieren sich im Kontext der Neuwahl 2009 merklich von der SPD; ihr Vorsitzender *Tarek Al-Wazir* prägte das Wort von der „Ausschließeritis“. Dieser „Krankheit“ einer zu engen Bindung und exklusiven Fokussierung auf eine einzige Partei als möglichen Koalitionspartner wollte man zukünftig nicht mehr zum Opfer fallen, so die Botschaft – eine Lehre, die analog auch die hessischen Sozialdemokraten aus den Ereignissen 2008/2009 gezogen hatten. Die Grünen erzielten dabei mit 13,7 Prozent ein gutes Ergebnis; sie gingen aus dem Interregnum hessischer Verhältnisse sogar gestärkt hervor. Insgesamt aber produzierten die Wähler 2009 ein Ergebnis, das eine Überprüfung des Wahrheitsgehalts der Aussagen rund um neue Koalitionsmöglichkeiten nicht erlaubte. Zwar gelang es der Linkspartei wie schon ein Jahr zuvor, mit knapp über fünf Prozent der Landesstimmen in den Landtag in Wiesbaden einzuziehen. Im Gegensatz zur Wahl 2008 aber ermöglichte das Ergebnis 2009 die Formation einer stabilen, klassisch lagerbasierten Koalition und brachte den „ewigen Koch“ hervor⁵: Knapp zehn Jahre nach seiner erstmaligen Übernahme des Amtes des hessischen Ministerpräsidenten (am 12. April 1999) wurde *Roland Koch* ein weiteres Mal von den hessischen Wählern im Amt bestätigt. Sieger des Wahlabends war aber weniger er selbst (das Wahlergebnis der CDU blieb trotz der heftigen Turbulenzen auf Seiten des politischen Gegners praktisch unverändert), sondern die FDP. Die Liberalen unter *Jörg-Uwe Hahn* erhielten 16,2 Prozent der Landesstimmen und gingen klar als drittstärkste Kraft aus der Wahl hervor. Entsprechend selbstbewusst zogen sie in die Koalitionsverhandlungen mit der CDU, aus denen sie nach kurzen Verhandlungen auch erfolgreich hervorgingen. So konnten sich die Liberalen drei Ministerien sichern.

Mit der neuen schwarz-gelben Regierung unter *Koch* ließ Hessen also nach einem Jahr seine typischen „Verhältnisse“ hinter sich und kehrte auf den Pfad der koalitionspolitischen, lagerbasierten Tugend zurück. Die Bundesregierung würde es den Hessen im September 2009 gleichtun. Wer allerdings infolgedessen eine ruhige Wahlperiode erwartet hatte, sah sich rasch eines Besseren belehrt. Im Mai 2010 kündigte *Koch* seinen Rückzug aus der Politik an, um 2011 Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger zu werden. Als Parteivorsitzender wie auch als hessischer Ministerpräsident sollte ihm *Volker Bouffier* nachfolgen – ein treuer Weggefährte *Kochs*, der seit 1999 hessischer Innenminister war – ein für *Koch* wahrlich bedeutsames Politikfeld. Bei seiner Wahl im Hessischen Landtag am 31. August 2010 erhielt *Bouffier* alle Stimmen der schwarz-gelben Regierung – etwas, das *Roland Koch* bei seiner Wiederwahl 2009 nicht gelungen war.

Demoskopische Umfragen auf Landesebene sind – im Vergleich zur Bundesebene – selten. Wie die Wähler unmittelbar auf diese Zäsur reagierten, lässt sich daher nur schwer sagen. Eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom November 2010 sah die Union

4 Vgl. *dies.*, Die hessische Landtagswahl vom 18. Januar 2009: der „ewige Koch“, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 358 – 370, S. 364.

5 So der Titel unserer damaligen Analyse, vgl. ebenda.

– erstmals unter *Bouffier* – bei 32 Prozent und damit deutlich niedriger als noch bei der Landtagswahl 2009. Auf der anderen Seite hatten die Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt auf 29 Prozent zugelegt. Noch deutlichere Verschiebungen zeichneten sich bei den Grünen und der FDP ab: Während die Forschungsgruppe die Grünen bei 23 Prozent der Stimmen sah, war die FDP von 16,2 auf fünf Prozent abgestürzt. Aus diesem Tief konnte sie sich bis zum Wahljahr 2013 nicht herausarbeiten – weder auf Bundes- noch auf hessischer Landesebene; sie wurde eine Partei am Rande des Abgrunds. Im Laufe der Wahlperiode gelang es der Union, sich unter Führung *Bouffiers* zu stabilisieren und in Umfragen zu erholen; im Wahljahr 2013 lag sie in der Sonntagsfrage konstant bei 38 bis 40 Prozent der Stimmen. Die SPD hatte sich um die 30 Prozent eingependelt. Nach ihrem Aus- und Höhenflug mit Werten über 20 Prozent kehrten auch die Grünen auf ein Niveau um 15 Prozent zurück. Die Linke kämpfte ähnlich wie die FDP mit der Fünf-Prozent-Sperrklausel.

Die Umfragen zeichneten also ein stabiles Bild – und trotzdem versprachen das Wahljahr und der Wahlkampf 2013 einiges an Spannung, denn bei diesen Ausgangswerten war völlig offen, wie die Wahl zum 19. Hessischen Landtag – und in der Folge vor allem die Regierungsbildung – ausgehen würden. FDP und Linke im Kampf mit der Sperrklausel; die Alternative für Deutschland (AfD) machte daraus mit näher rückendem Wahltag sogar einen Dreikampf: Offener kann ein Wahlausgang kaum sein. Zudem hatten die hessischen Wähler ihr Überraschungspotenzial 2012 und im Frühjahr 2013 nochmals eindrucksvoll unter Beweis gestellt, nämlich bei den Neuwahlen der Oberbürgermeister in der Mainmetropole Frankfurt und der Landeshauptstadt Wiesbaden: „OB-Wahl in Frankfurt: Feldmann schafft Sensation“⁶ titelte der Hessische Rundfunk (HR) nach der Stichwahl am Main. Dass der SPD-Kandidat *Peter Feldmann* damit zum Nachfolger der langjährigen, aber 2012 nicht mehr kandidierenden Oberbürgermeisterin *Petra Roth* (CDU) gewählt wurde und nicht sein Gegenkandidat von der CDU, *Boris Rhein*, seines Zeichens immerhin Innenminister des Landes, werteten die Sozialdemokraten als Zeichen des Wechsels. Wenige Monate später gelang es auch *Sven Gerich* (SPD), das Rathaus in Wiesbaden zu erobern – dieses Mal sogar gegen einen erneut kandidierenden Amtsinhaber von der CDU. „Gerichs Erfolg lässt SPD träumen“⁷, titelte der HR. Und dass im Januar 2013 bei der niedersächsischen Landtagswahl bereits ein CDU-Ministerpräsident an der Spitze einer schwarz-gelben Regierung durch seinen Herausforderer von der SPD (und eine rot-grüne Koalition) abgelöst wurde, mag solche Träume weiter versüßt haben.

2. Wahlkampf

Der erste gewichtige Streit im unmittelbaren Vorfeld der Landtagswahl 2013 drehte sich um den Termin. Artikel 79 Landesverfassung sieht diesbezüglich vor: „Der Landtag wird auf fünf Jahre gewählt (Wahlperiode). Die Neuwahl muß vor Ablauf der Wahlperiode statt-

6 Feldmann schafft Sensation, in: HR-online vom 26. März 2012, http://www.hr-online.de/website/specials/obwahl12/index.jsp?rubrik=71048&key=standard_document_44332961 (Abruf am 8. Mai 2014).

7 Gerichs Erfolg lässt SPD träumen, in: HR-online vom 11. März 2013, http://www.hr-online.de/website/specials/landtagswahl-hessen/index.jsp?rubrik=83375&key=standard_document_47753047 (Abruf am 8. Mai 2014).

finden.“ Da die Wahl 2009 am 18. Januar stattgefunden hatte, war aus rechtlicher Sicht jedenfalls klar, dass die nächste Wahl vor dem 18. Januar 2014 stattfinden musste. Politisch ließ diese Regelung gleichwohl weiten Spielraum.

Dazu ist zunächst festzuhalten, dass die Landtagswahlen in Hessen über viele Jahre hinweg im zeitlichen Umfeld von Bundestagswahlen stattgefunden haben, zum Beispiel die beiden Wahlen im September 1982 (hessische Verhältnisse!) und im September 1983. Beginnend mit der Hessenwahl im April 1987 folgten die Landtagswahlen stets wenige Monate auf Bundestagswahlen, zuletzt nach der Bundestagswahl im September 2002 im Februar 2003. Erst mit der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 bei gleichzeitiger Verlängerung der hessischen Wahlperiode auf fünf Jahre kam es zu einer Entzerrung. Die Landtagswahl vom Januar 2008 fiel folglich mitten in die Wahlperiode des Bundes. Dieses (föderale) Glück aber währte nur kurz: Die vorgezogene Wahl in Hessen im Januar 2009 lag bereits wieder in einem Jahr mit Bundestagswahl, ging ihr allerdings um einige Monate voraus. Wann aber sollte die Wahl des 19. Hessischen Landtags stattfinden?

Schon im Juni 2012 forderten SPD und Grüne einen „frühen Wahltermin“. Ihre Devise lautete: „Keine Wahl in den Ferien, kein Wahlkampf im Advent“⁸ – auch wenn die Wahlkämpfe vor den beiden Landtagswahlen 2008 und 2009 sehr wohl im Advent stattgefunden hatten. Die Grünen sprachen sich für einen Termin im November aus, während die Linke schon früh eine Zusammenlegung mit der Bundestagswahl ins Spiel brachte.⁹ Die schwarz-gelbe Regierung sah zunächst „keinen Grund zur Hektik“, freundete sich – beflügelt durch die Entwicklungen auf Bundesebene im Duell zwischen *Angela Merkel* und *Peer Steinbrück* – zunehmend mit einem frühen Wahltermin zeitgleich zur Bundestagswahl an. Darin wiederum sah *Thorsten Schäfer-Gümbel* ein klares Zeichen: „Schwarz/Gelb in Hessen flüchtet wohl in den Windschatten der Kanzlerin.“¹⁰ Dennoch entschied die Regierung die „Qual mit dem Landtags-Wahltermin“¹¹ letztlich zu Gunsten des Tags der Bundestagswahl, also dem 22. September 2013. Damit sollten – erstmals in der Geschichte Hessens – beide Wahlen am selben Tag stattfinden. „Hessische Hasenfüße, bayerische Extrawürste“ schrieb dazu die ZEIT¹² – eine Zusammenlegung mit der bayrischen Landtagswahl, die ja nur eine Woche früher am 15. September stattfinden sollte, stand übrigens nie zur Debatte.

Was nach einem kurzfristigen Kalkül um den parteipolitisch optimalen Wahltermin aussehen mag, sollte natürlich den Charakter der Auseinandersetzung im Wahlkampf, die thematischen Schwerpunkte, aber auch die Möglichkeiten und das Ausmaß der Mobilisierung

8 Opposition dringt auf frühen Wahltermin, in: FR-online vom 4. Juni 2012, <http://www.fr-online.de/rhein-main/landtagswahl-2013-opposition-dringt-auf-fruehen-wahltermin,1472796,16297600.html> (Abruf am 8. Mai 2014).

9 Vgl. Parteienstreit um Wahltermin, in: HR-online vom 4. Juni 2012, http://www.hr-online.de/website/specials/landtagswahl-hessen/index.jsp?rubrik=83375&key=standard_document_44983158 (Abruf am 8. Mai 2014).

10 Spekulationen über Hessen-Wahltermin, in: FR-online vom 16. Januar 2013, <http://www.fr-online.de/rhein-main/landtagswahl-spekulationen-ueber-hessen-wahltermin,1472796,21479738.html> (Abruf am 8. Mai 2014).

11 *Ralf Euler*, Die Qual mit dem Landtags-Wahltermin, in: FAZ.net vom 27. Dezember 2012, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessische-landtagswahlen-die-qual-mit-dem-landtagswahltermin-12007160.html> (Abruf am 8. Mai 2014).

12 *Michael Schlieben*, Hessische Hasenfüße, Bayerische Extrawürste, in: ZEIT-online vom 24. Januar 2013, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-01/wahltermin-hessen-bayern> (Abruf am 8. Mai 2014).

und – über all das vermittelt – den Ausgang der Wahl in erheblichem Maße prägen. Angesichts limitierter Aufmerksamkeitsspannen von Medien, aber vor allem auch von Bürgern war damit frühzeitig klar, dass die hessische Landtagswahl in den Sog der – dominanten – Bundestagswahl geraten würde. Es verwundert daher nicht, dass ein Blick auf den hessischen Wahlkampf eine weitgehende Konkordanz zum Wahlkampf auf Bundesebene zutage fördert.

Besonders konsequent verfolgte die hessische CDU diese „Me too“-Strategie. Ähnlich wie auf Bundesebene stand Ministerpräsident *Volker Bouffier* im Mittelpunkt der Kampagne. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass er – im Gegensatz zur Kanzlerin – recht neu in seinem Amt war. Mehr noch: In seiner Zeit als hessischer Innenminister war er dafür zuständig, die zuweilen pointiert-konservativen Positionen *Roland Kochs* in praktische Politik umzusetzen. Der Wahlkampf spülte den früheren Hardliner allerdings weich – und dies durchaus erfolgreich. *Bouffier* und seine CDU verzichteten auf die noch unter *Koch* typischen Zuspitzungen und Polarisierungen. „Anders als Koch gibt Bouffier gern den leutseligen Landesvater. Wenn er in einem Kindergarten vorliest, dann hören ihm die Kleinen tatsächlich gebannt zu“, schrieb etwa *Die Welt* anlässlich seines Jahresjubiläums im Amt.¹³ Der FDP als kleinem Koalitionspartner mit ihrem Spitzenkandidaten *Jörg-Uwe Hahn*, immerhin Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident, gelang es dagegen kaum, merklich in Erscheinung zu treten. Letztlich stand aus Sicht der Liberalen die Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit als Botschaft im Wahlkampf im Vordergrund.

Die SPD, die in *Schäfer-Gümbel* einen unumstrittenen Spitzenkandidaten hatte, setzte auf soziale Themen und auf die Mobilisierung ihrer (früheren) Kernwählerschaft – nicht zuletzt beflügelt durch ihre kommunalen Erfolge in Frankfurt und Wiesbaden, deren Gründe genau in dieser Akzentuierung der dortigen Wahlkämpfe gesehen wurden. Gerechtigkeit sei darüber hinaus auch „Schäfer-Gümbels Lebensthema“¹⁴, der sich aus einfachen Verhältnissen nach oben gearbeitet habe. Dazu zählten zuweilen auch bankenkritische Töne aus seinem Munde; zugleich aber war er stets darum bemüht, als möglicher zukünftiger Ministerpräsident Hessens die Distanz zur Wirtschaft und gerade zum starken Bankensektor nicht zu groß werden zu lassen.

Auch die Grünen zeigten sich sehr wirtschaftsnah; sie zogen mit gewohnter Doppelspitze – bestehend aus *Angela Dorn* und *Tarek Al-Wazir* – in den Wahlkampf. Gerade *Al-Wazir* überraschte mit seiner Ankündigung, nach der Wahl Wirtschaftsminister werden zu wollen. Besuche etwa bei landesansässigen Chemieunternehmen sollten diesem Ziel Nachdruck verleihen. Insgesamt wichen die hessischen Grünen am deutlichsten (und in der Schlussphase auch erkennbar) von der Linie ihrer Bundespartei ab, deren Wahlkampf bekanntlich eher linke, soziale Themen in den Vordergrund stellte.

Die Linke zog mit *Janine Wissler* und *Willi van Ooyen* an der Spitze in den Wahlkampf; erklärtes Ziel der Partei war der Wiedereinzug in den Hessischen Landtag. Auf der Zielge-

13 Volker Bouffier macht langsamer als Roland Koch, in: *Welt-online* vom 12. August 2011, <http://www.welt.de/regionales/frankfurt/article13542112/Volker-Bouffier-macht-langsamer-als-Roland-Koch.html> (Abruf am 8. Mai 2014).

14 Pitt von Bebenburg, Thorsten Schäfer-Gümbel: Plötzlich Hoffnungsträger, in: *FR-online* vom 7. August 2013, <http://www.fr-online.de/landtagswahl-in-hessen--kandidaten/spitzenkandidat-spd-thorsten-schaefer-guembel--ploetzlich-hoffnungstraeger,23897184,23934906.html> (Abruf am 8. Mai 2014).

raden des Wahlkampfes tauchte auch in Hessen die Alternative für Deutschland auf, die in letzten Umfragen vor der Wahl bei drei Prozent lag. Die Piraten spielten zu diesem Zeitpunkt keine Rolle mehr, nachdem Umfragen sie in ihrer Hochphase 2011 auch in Hessen über der Fünf-Prozent-Hürde gesehen hatten.

Alles in allem waren polarisierende Themen im Landtagswahlkampf 2013 rar – durchaus untypisch für Hessen, aber passend zum Wahlkampf im Bund. Diskussionen um gleich zwei Flughäfen des Landes mögen noch am ehesten in Erinnerung bleiben: Am internationalen Drehkreuz in Frankfurt standen Fragen des Fluglärms, des Nachtflugverbots, der neuen Landebahn und des Neubaus des Terminals 3 im Fokus des Interesses – Themen, die den Ausgang der OB-Wahl in Frankfurt maßgeblich beeinflusst hatten. Dagegen stellte sich am im April 2013 neu eröffneten Regionalflughafen in Kassel-Calden weniger ein Zuviel als vielmehr ein Zuwenig an Flugbewegungen als Problem heraus: Dieses Projekt, von der schwarz-gelben Landesregierung auf den Weg gebracht, drohte von Beginn an zu scheitern. Beide Flughäfen standen auch auf der Agenda im TV-Duell zwischen *Volker Bouffier* und *Thorsten Schäfer-Gümbel* sowie in der abschließenden TV-Elefantenrunde mit den Spitzen aller im Landtag vertretenen Parteien. Doch letztlich vermochten auch sie nichts daran zu ändern, dass es – aus landespolitischer Sicht – ein themenarmer Wahlkampf war, der letztlich im Schatten des Bundestagswahlkampfes stattfand.

Natürlich gibt es gerade in Hessen immer eine Ausnahme: Koalitionsfragen. Die hessischen Parteien hatten ihre Lehren aus den Erfahrungen nach der Landtagswahl 2008 gezogen. In der Folge strebten SPD und Grüne zwar eine Koalition an, während CDU und FDP ihre gemeinsame Regierungsarbeit fortsetzen wollten. Aber auf die nie weit entfernte journalistische Nachfrage „Was, wenn es nicht reicht?“ folgte durch die Bank und routiniert der Satz: „Dann müssen wir schauen, mit wem wir unser Programm am besten umsetzen können.“ „Ausschließeritis“ war gestern; einzig die FDP hatte sich klar und exklusiv auf ein Bündnis mit der Union festgelegt. Und trotz allen Lernens gelang es *Bouffier* im TV-Duell, *Schäfer-Gümbel* mit der alten Frage nach dem Umgang mit der Linkspartei in die Enge zu treiben. Dessen Replik – „formal“ schließe er ein Linksbündnis zwar nicht aus, aber eben doch „politisch“ – zeigte eindrucksvoll die weiter bestehende Brisanz und Schwierigkeit im Umgang mit dieser Option, gerade auch seitens der SPD.¹⁵ Wenige Tage später aber beging auch der Ministerpräsident einen koalitionspolitischen Fauxpas, als er nämlich in der Elefantenrunde ein Bündnis mit der AfD zunächst nicht entschieden genug ausschloss – später dann allerdings doch.¹⁶

In nahezu völliger Offenheit, was zukünftige Koalitionen betraf, machten sich die hessischen Wähler somit am 22. September 2013 auf den Weg zu den Wahlurnen. Die Landtagswahl in Bayern eine Woche zuvor hatte dabei nochmals die dramatische Lage der FDP unterstrichen, die dort aus Regierung und Landtag geflogen war. Leihstimmen für die FDP hatte Ministerpräsident *Bouffier* allerdings schon zu Beginn des Wahlkampfes aus-

15 Vgl. *Thomas Holl*, Konterspiel im Fernsehstudio, in: FAZ.net vom 13. September 2013, <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-hessen/tv-duell-zur-hessen-wahl-konterspiel-im-fernsehstudio-12573094.html> (Abruf am 8. Mai 2014).

16 Vgl. *Bouffier* verwirrt mit AfD-Aussage, in: HR-online vom 18. September 2013, http://www.hr-online.de/website/specials/landtagswahl-hessen/index.jsp?rubrik=77973&key=standard_document_49641781 (Abruf am 8. Mai 2014).

geschlossen – nach den negativen Erfahrungen, die die CDU in Niedersachsen damit gemacht hatte.¹⁷

3. Wahlergebnis¹⁸

3.1. Das Wahlergebnis in kurz- und langfristiger Perspektive

Insgesamt 4.392.213 Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, ihre Stimmen am 22. September 2013 abzugeben. Ihnen boten sich für ihre Landesstimme insgesamt 18 Optionen (gegenüber nur zehn bei der vorangegangenen Wahl); neun Parteien gelang es, wie Tabelle 1 zeigt, mindestens ein Prozent der Landesstimmen auf sich zu vereinen. Mit 3,2 Millionen abgegebenen Stimmen lag die Wahlbeteiligung bei 73,2 Prozent und damit um 12,2 Prozentpunkte höher als bei der Vorwahl. Dieser massive Anstieg ist allerdings weniger den Umständen der Landtagswahl und dem Wahlkampf geschuldet, sondern unterstreicht den Einfluss der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl auf den Ausgang der Hessenwahl. Dass die Wahlbeteiligung 2009 zudem auf einem historischen Tiefpunkt angefangen war, erleichterte diesen deutlichen Anstieg zusätzlich.

Der Wahlabend selbst war lang. Am Ende standen für die CDU 38,3 Prozent, die SPD 30,7 Prozent, die Grünen 11,1 Prozent, die Linken 5,2 und die FDP 5,0 Prozent der Landesstimmen. Dass die FDP auch im neuen Landtag vertreten sein würde, war allerdings erst mit dem Eintreffen des Wahlergebnisses aus dem allerletzten Wahlkreis klar. Die AfD erzielte aus dem Stand heraus 4,1 Prozent, verfehlte damit aber den Einzug in den Landtag. Die Verteilung der Wahlkreisstimmen weicht traditionell deutlich von der Verteilung der Landesstimmen ab und konzentriert sich stärker auf die beiden großen Parteien – so auch bei dieser Wahl (siehe Tabelle 1). 41 der 55 Wahlkreise gewannen Kandidaten der CDU, die SPD holte 14 Mandate direkt. 2009 hatte die Union noch 46 Wahlkreise direkt gewonnen; durch die damit verbundene Entstehung von Überhang- und Ausgleichsmandaten hatte sich die Größe des Hessischen Landtags um acht Sitze auf 118 erhöht. Dazu kam es bei der Wahl 2013 nicht: Von den 110 regulären Sitzen erhielt die CDU 47, die SPD 37, die Grünen 14 sowie FDP und Linke jeweils sechs. Damit war auch klar, dass keine der beiden Wunschkoalitionen – CDU/FDP auf der einen Seite, SPD/Grüne auf der anderen – eine eigene Mehrheit hatte. Wieder einmal hatten die Wähler also für hessische Verhältnisse gesorgt.

Die Stimmungslage am Wahlabend war entsprechend gemischt. Im Lichte des Wahlergebnisses gab es keinen klaren Sieger. Die CDU war die mit Abstand stärkste Kraft in Hessen, auch wenn sie gegenüber der Vorwahl nur leicht zulegen konnte. Die SPD konnte zwar kräftig, nämlich um sieben Prozentpunkte, zulegen, aber eben nicht genug, um Hessen zukünftig sicher regieren zu können. Trotz (oder gerade wegen) dieser unterschiedlichen Ausgangslage reklamierten CDU wie SPD noch am Wahlabend den Sieg (und den

17 Vgl. Bouffier: Keine Leihstimmen für FDP, in: FAZ.net vom 21. Januar 2013, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/landtagswahl-im-september-bouffier-keine-leihstimmen-fuer-fdp-12032946.html> (Abruf am 8. Mai 2014).

18 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 1); Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 1); *Sabine Pokorny*, Landtagswahlen in Hessen am 22. September 2013: Wahlanalyse, Berlin 2013, http://www.kas.de/wf/doc/kas_35567-544-1-30.pdf?131004103352 (Abruf am 8. Mai 2014).

damit verbundenen Regierungsauftrag) für sich. Die Linke zeigte sich hoch erfreut, zum dritten Mal in Folge – und dies bei praktisch unveränderter Stärke – in den Landtag gekommen zu sein. Lange Gesichter gab es bei den Grünen: Nach den demoskopischen Höhenflügen in der Mitte der Wahlperiode war das Ergebnis von 11,1 Prozent eine Enttäuschung; am Ende stand sogar ein Verlust in absoluten Stimmen. Für die FDP war der Abend ein Desaster. Im Vergleich zur Vorwahl verloren die Liberalen 262.975 Stimmen; nur noch knapp über 150.000 waren übrig. Aus der selbstbewussten Fraktion aus 20 Mitgliedern war eine Gruppe von gerade einmal sechs Abgeordneten geworden. Dass es sie am Ende des Wahlabends überhaupt noch gab (wonach es bis spät in die Nacht hinein nicht aussah), war der einzige Lichtblick für die FDP.

Mit Ausnahme des (Nicht-)Scheiterns der FDP ähnelte damit der Ausgang der Hessianwahl alles in allem dem Ergebnis der Bundestagswahl. Dass es tatsächlich zu einem harmonisierenden Effekt zwischen den beiden Wahlen gekommen ist, zeigt ein Blick auf Tabelle 2. Da sowohl 2009 als auch 2013 jeweils sowohl eine Landtags- als auch eine Bundestagswahl in Hessen stattfand, 2009 aber mehrere Monate zwischen beiden Wahlterminen lagen, lässt sich durch einen Vergleich der beiden Wahlpaare erkennen, inwieweit gerade die Landtagswahl 2013 durch die zeitgleich stattfindende Bundestagswahl durchdrungen war.

Betrachtet man die Ergebnisse der beiden Wahlen 2013, so weichen diese in der Tat nur in geringem Maße voneinander ab. Dies fängt bei der Wahlbeteiligung an, die bei Bundes- wie Landtagswahl bei 73,2 Prozent lag. Es gilt aber auch für die Ergebnisse der einzelnen Parteien. Die größten Abweichungen zeigen sich für SPD und Grüne, deren Ergebnis bei

Tabelle 1: Antiliches Endergebnis der hessischen Landtagswahl vom 22. September 2013

	Wahlkreisstimmen		Landesstimmen				Mandate	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Veränderung ¹		Anzahl	Differenz ²
					Anzahl	%-Pkt.		
Wahlberechtigte	4.392.213		4.392.213					
Wähler/Wbt.	3.216.206	73,2	3.216.206	73,2	+545.821	+12,2		
Ungültige Stimmen	103.610	3,2	85.425	2,7	+6.912	-0,2		
Gültige Stimmen	3.112.596	96,8	3.130.781	97,3	+538.909	+0,2		
CDU	1.329.746	42,7	1.199.633	38,3	+235.870	+1,1	47	+1
SPD	1.092.125	35,1	961.896	30,7	+347.248	+7,0	37	+8
FDP	93.098	3,0	157.451	5,0	-262.975	-11,2	6	-14
Grüne	289.830	9,3	348.661	11,1	-7.379	-2,6	14	-3
Die Linke	160.531	5,2	161.488	5,2	+22.414	-0,2	6	0
Freie Wähler	35.136	1,1	38.433	1,2	-3.720	-0,4		
NPD			33.433	1,1	+11.261	+0,2		
Piraten	62.986	2,0	60.159	1,9	+46.363	+1,4		
AfD	42.721	1,4	126.906	4,1	+126.906	+4,1		
Sonstige	6.423	0,2	42.721	1,4	+22.921	+0,6		

1 Verluste an Wahlberechtigten/Wählern/Stimmen/Prozenten im Vergleich zur Landtagswahl 2009.

2 Gewinne und Verluste bei Mandaten im Vergleich zur Landtagswahl 2009, durch den Wegfall von Überhang- und Ausgleichsmandaten ist der neue Landtag mit insgesamt 110 Sitzen um acht Sitze kleiner als sein Vorgänger.

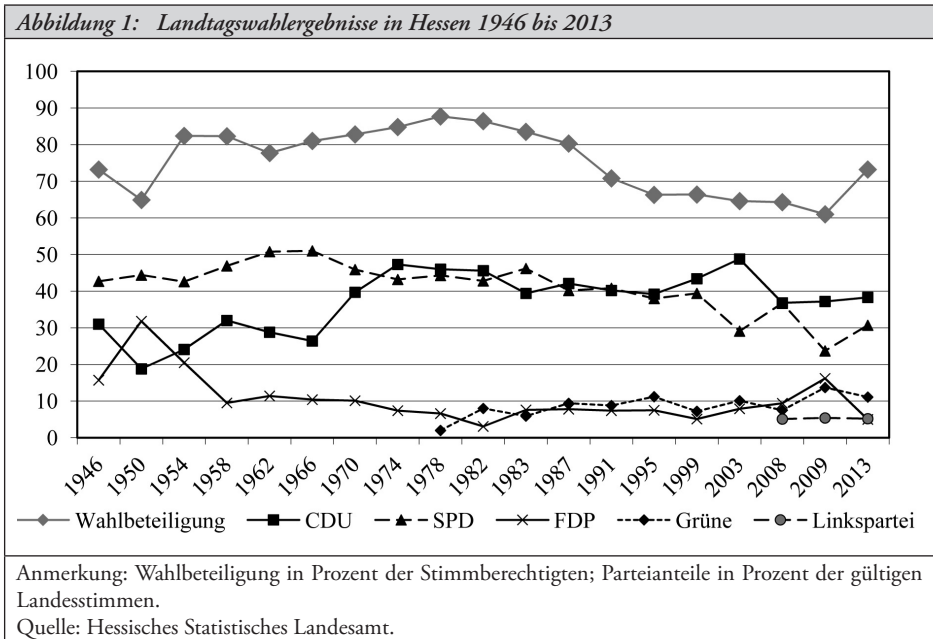
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

	2013												2009					
	Landtagswahl			Bundestagswahl			Differenz			Landtagswahl			Bundestagswahl			Differenz		
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	%-Pkt.	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	%-Pkt.
Wahlberechtigte	4.392.213			4.413.271								4.375.286			4.398.919			
Wähler/Wbt.	3.216.206	73,2		3.230.483	73,2							2.670.385	61,0		3.244.641	73,8		
Ungültige Stimmen	85.425	2,7		82.392	2,6							78.513	2,9		67.070	2,1		
Gültige Stimmen	3.130.781	97,3		3.148.091	97,4							2.591.872	97,1		3.177.571	97,9		
CDU	1.199.633	38,3		1.232.994	39,2							963.763	37,2		1.022.822	32,2		
SPD	961.896	30,7		906.906	28,8							614.648	23,7		812.721	25,6		
FDP	157.451	5,0		175.144	5,6							420.426	16,2		527.432	16,6		
Grüne	348.661	11,1		313.135	9,9							356.040	13,7		381.948	12,0		
Die Linke	161.488	5,2		188.654	6,0							139.074	5,4		271.455	8,5		
Freie Wähler	38.433	1,2		24.929	0,8							42.153	1,6		35.929	1,1		
NPD	33.433	1,1		34.115	1,1							22.172	0,9		66.708	2,1		
Piraten	60.159	1,9		64.655	2,1							13.796	0,5					
AFD	126.906	4,1		176.319	5,6													
Sonstige	42.721	1,4		31.240	0,9							19.800	0,8		58.556	1,9		

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

der Landtagswahl um 1,9 beziehungsweise 1,2 Prozentpunkte höher ausfiel als das jeweilige hessische Landesergebnis bei der Bundestagswahl – ein Umstand, auf den am Wahlabend sowohl *Thorsten Schäfer-Gümbel* als auch *Tarek Al-Wazir* mehrfach hinwiesen. Hingegen schnitt insbesondere die AfD bei der Bundestagswahl in Hessen mit 5,6 Prozent deutlich besser (und vor allem auch über fünf Prozent) ab als bei der Landtagswahl, wo sie nur 4,1 Prozent der Landesstimmen erzielte.

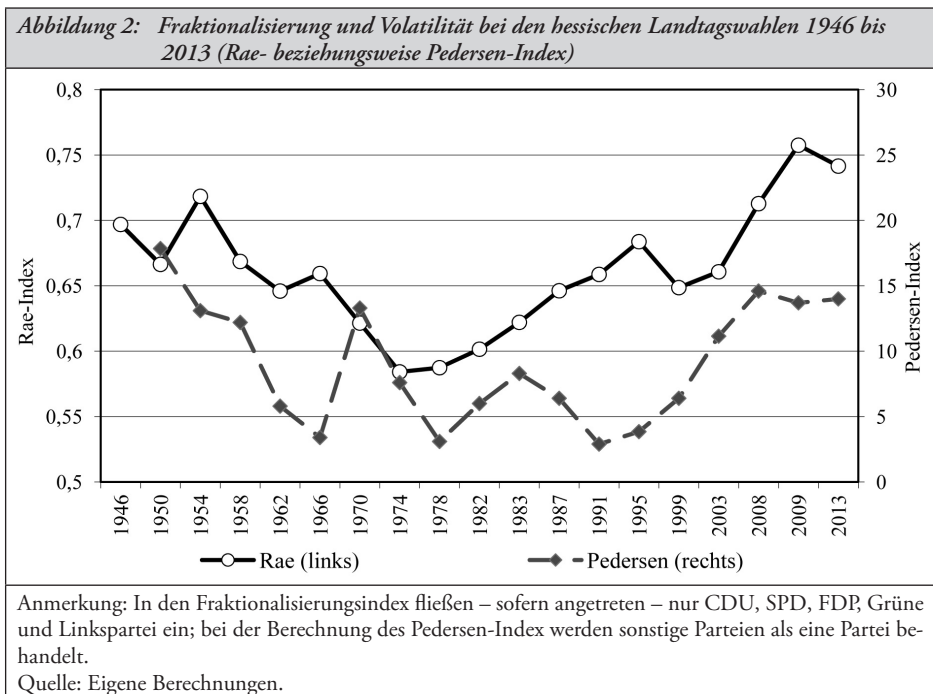
Die Unterschiede im Wahljahr 2009 waren demgegenüber von erheblich größerem Ausmaß. Die Wahlbeteiligungsraten unterschieden sich um 12,8 Prozentpunkte, die CDU erzielte bei der Landtagswahl fünf Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl wenige Monate später, die Grünen 1,7 Prozentpunkte. Die Linke dagegen schnitt bei der Landtagswahl um 3,1 Prozentpunkte schlechter ab, die SPD um 1,9 – beides dürfte in engem Zusammenhang mit den unterschiedlichen Mobilisierungsgraden stehen. Zudem gab es damals mit den Freien Wählern noch einen parteipolitischen Akteur, der nur bei der Landtagswahl angetreten war (und dort 1,6 Prozent der Stimmen holte). Damit lässt sich natürlich noch nichts darüber aussagen, wie die Landtagswahl 2013 ausgegangen wäre, wenn sie an einem anderen Tag als die Bundestagswahl stattgefunden hätte. Davon, dass das Ergebnis anders gewesen wäre (und sich vor allem eine niedrigere Wahlbeteiligung eingestellt hätte), kann man allerdings sicher ausgehen.



Das Ergebnis der Wahl 2013 lässt sich in noch breitere Perspektive rücken. Abbildung 1 zeigt die Wahlbeteiligungsraten und Stimmenanteile der Parteien über alle hessischen Landtagswahlen seit 1946 hinweg. Durch die Zusammenlegung der Landtags- mit der Bundestagswahl konnte der rückläufige Trend der Wahlbeteiligung, der sich seit 1978 (ausgehend von dem damaligen Höchstwert von 87,7 Prozent) zeigt, gestoppt und gedreht werden. Dass auch beide Volksparteien ihr Ergebnis verbessern konnten, wie es 2013 der

Fall war, ist in der jüngeren Vergangenheit des Landes eine Seltenheit gewesen. Gerade für die Sozialdemokraten waren die Wahlabende seit 1999 stets ein Wechselbad der Gefühle: 1999 der Verlust der Regierung an *Roland Koch*, ein (erster) Absturz auf unter 30 Prozent bei der Wahl 2003, das Comeback bis auf Augenhöhe zur Union 2008, das aber aufgrund der Turbulenzen nach der Wahl zu einem neuerlichen (und noch tieferen) Absturz 2009 führte. 2013 konnte die SPD sich zwar sichtbar erholen, die Staatskanzlei in Wiesbaden aber erneut nicht zurückerobern. Seit 1999 ist Hessen als früheres rotes Stammland nun in schwarzer Hand.

In längerfristiger Betrachtung wird auch bezogen auf Grüne und FDP deutlich, dass die Wahl 2009 außergewöhnlicher war als die von 2013. Sieht man im Falle der FDP einmal von den ersten Wahlen der Nachkriegszeit ab, so waren die Ergebnisse beider Parteien 2009 rekordverdächtig. Beide konnten diese hohen Werte 2013 nicht halten; die FDP stürzte mit nur fünf Prozent der Stimmen in eine Region ab, in der sie zuletzt 1999 gewesen war.



Dass die hessische Landespolitik in der jüngeren Vergangenheit mehrfach turbulent war, wird auch aus Abbildung 2 ersichtlich. Seit den 1990er Jahren kannte sowohl die Fraktionalisierung des Parteiensystems, gemessen über den Index von Rae¹⁹, als auch das Ausmaß an elektoraler Volatilität, gemessen über den Pedersen-Index²⁰, nur eine Richtung: nach

19 Vgl. *Douglas Rae*, A Note on the Fractionalization of Some European Party Systems, in: *Comparative Political Studies*, 1. Jg. (1968), H. 3, S. 413 – 418.

20 Vgl. *Mogens N. Pedersen*, The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: *European Journal of Political Research*, 7. Jg. (1979), H. 1, S. 1 – 26.

oben. Durch den Absturz der FDP, das Wiedererstarken der SPD sowie das erstmalige, aber durchaus erfolgreiche Abschneiden der AfD zeigte sich auch das Wahlverhalten 2013 im Vergleich zur Vorwahl als sehr volatil. Zum dritten Mal in Folge erreicht der Pedersen-Index als Aggregatmaß der (Netto-)Wechselhaftigkeit des Wählerverhaltens einen Wert um 14. Mindestens 14 Prozent der hessischen Wähler haben sich demnach im Vergleich zur Vorwahl für eine andere Partei entschieden – ein stabiler Wert auf sehr hohem Niveau, wie die entsprechende Zeitreihe in Abbildung 2 zeigt.

Mit gestiegener Volatilität hatte bei den zurückliegenden Landtagswahlen auch der Grad der Fraktionalisierung des Parteiensystems stets zugenommen, vor allem weil sich die Wechselhaftigkeit der hessischen Wähler zu Lasten der beiden großen Parteien ausgewirkt hatte. Dies setzte sich allerdings 2013 nicht fort. Infolge des Wiedererstarkens der SPD bei gleichzeitig stabiler Union ist die Zersplitterung des hessischen Parteiensystems sogar leicht zurückgegangen, bleibt allerdings weiterhin auf sehr hohem Niveau.

3.2. Hintergründe des Wahlergebnisses

Ein Blick in die repräsentative Wahlstatistik²¹ liefert erste Hinweise dafür, wie das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausgesehen hat.

(1) Sehr unterschiedlich stellt sich die Zunahme der Wahlbeteiligung in verschiedenen Altersgruppen dar: Bei den 18- bis 35-jährigen Wählern ist sie um über 18 Prozentpunkte gegenüber der Wahl des Jahres 2009 gestiegen, nämlich von rund 46 auf über 64 Prozent. Je älter die Befragten allerdings werden, desto häufiger gingen sie zur Wahl, aber desto geringer ist auch die Zunahme der Wahlbeteiligung zwischen 2009 und 2013. Die Zusammenlegung der Wahltermine hat also dazu geführt, dass die Wahlbeteiligung in verschiedenen Altersgruppen wieder weniger ungleich verteilt ist.

(2) Für die Union gilt immer noch: Je älter die Wähler, desto besser das Abschneiden der CDU. Bei den 18- bis 25-Jährigen erhielt sie 28,4 Prozent, bei den über 70-Jährigen satte 51,3 Prozent. Im Vergleich der Wahlen 2009 und 2013 hat die Union vor allem in der Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen zulegen können (+3,7 Prozentpunkte). Für die SPD sind die Altersunterschiede insgesamt weniger markant, aber auch sie schnitt bei älteren Menschen tendenziell besser ab, am besten in der Altersgruppe 60 bis 70 Jahre (35 Prozent). Die Grünen erhielten bei den Wählern zwischen 18 und 60 rund 15 Prozent, danach allerdings gehen ihre Werte deutlich zurück. Nur 3,9 Prozent der Menschen über 70 entschieden sich für sie. Ein ähnliches Muster zeigt sich für die Linke, aber auch für die AfD: Diese konnte sich gerade bei jungen Menschen den größten Rückhalt sichern (5,0 Prozent in der Gruppe bis 25 Jahre), dagegen erzielte sie nur 2,2 Prozent in der Altersgruppe ab 70. Bei jüngeren Wählern entfielen zudem auch über zehn Prozent der Stimmen auf sonstige Parteien (worunter sich vor allem die Piraten befinden dürften).

Wie schon in unseren früheren Beiträgen soll die Analyse des Ergebnisses mit einer Modellierung der Wahlentscheidung abgeschlossen werden, um noch genauer erkennen zu können, was das Wahlverhalten der Hessen geprägt hat. Dazu kann auf eine Befragung von

21 Siehe hierzu die Informationen des Hessischen Statistischen Landesamtes unter <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/wahlen/daten/ltw2013/wahlbeteiligung-und-wahlentscheidung/index.html> (Abruf am 8. Mai 2014).

529 hessischen Bürgern zurückgegriffen werden, die im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) durchgeführt wurde.²² Tabelle 3 zeigt die entsprechenden Analysen für Wahlentscheidungen zugunsten von CDU beziehungsweise SPD. Angesichts des Zeitpunkts der Wahl – nämlich am selben Tag wie die Bundestagswahl – liegt der Fokus dabei auf einer Abschätzung der Einflüsse von bundes- und landespolitischen Faktoren.

Tabelle 3: Hintergründe der Wahlentscheidungen zugunsten von CDU und SPD bei der hessischen Landtagswahl 2013 (b-Koeffizienten logistischer Regressionsmodelle)

	CDU		SPD	
	Landesmodell	+ Bundesvariablen	Landesmodell	+ Bundesvariablen
Skalometerwert Spitzenkandidat Hessen	3,412**	3,076**	2,738**	2,109*
Skalometerwert Spitzenkandidat Bund		0,360		1,572*
Zugeschriebene Kompetenz Land	2,211**	1,877**	1,262**	1,050*
Zugeschriebene Kompetenz Bund		0,948*		0,622
Parteiidentifikation für jeweilige Partei	2,602**	2,430**	2,817**	2,543**
Geschlecht: männlich	0,183	0,141	0,05	0,038
Formale Bildung: Abitur	0,048	-0,012	-0,076	-0,195
Alter (in Jahren)	1,115	1,107	-1,039	-1,043
Konstante	-4,426**	-4,549**	-3,033**	-3,536**
McKelvey & Zavoina's R ²	0,673	0,685	0,578	0,608
N	402	402	392	391

Hinweise: * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001.
 Abhängige Variablen: Wahlentscheidung zugunsten von CDU beziehungsweise SPD (1); Befragte, die eine andere Partei wählen wollen, erhalten den Wert 0; Befragte, die keine Partei nennen oder nicht zur Wahl gehen, bleiben ausgeschlossen.
 Unabhängige Variablen: Skalometerwert Spitzenkandidat: Hessen (CDU: *Bouffier*, SPD: *Schäfer-Gümbel*), ursprüngliche Skala von -5 bis +5; Skalometerwert Spitzenkandidat: Bund (CDU: *Merkel*, SPD: *Steinbrück*), ursprüngliche Skala von -5 bis +5; zugeschriebene Kompetenz Land: Anzahl der Nennungen der jeweiligen Partei bei Frage nach der Kompetenz zur Lösung des wichtigsten und zweitwichtigsten Problems in Hessen, ursprüngliche Skala von 0 bis 2; zugeschriebene Kompetenz Bund: Anzahl der Nennungen der jeweiligen Partei bei Frage nach der Kompetenz zur Lösung des wichtigsten und zweitwichtigsten Problems in Deutschland, ursprüngliche Skala von 0 bis 2; Parteiidentifikation mit der jeweiligen Partei (1); Befragte, die sich mit einer anderen oder keiner Partei identifizieren, erhalten den Wert 0; vor der Analyse wurden alle unabhängigen Variablen auf einen Wertebereich von 0 bis 1 recodiert, um die dargestellten Effekte vergleichbar zu machen.
 Datenquelle: German Longitudinal Election Study, Landtagswahl Hessen 2013 (ZA5737), eigene Auswertungen.

Es ist nicht verwunderlich, dass sowohl die Spitzenkandidaten der beiden Parteien als auch ihre Kompetenzprofile und eine Identifikation mit der jeweiligen Partei einen erheblichen Einfluss auf die Wahlentscheidungen zugunsten von CDU und SPD ausgeübt haben. Genau das würde man im Lichte des Michigan-Modells des Wählerverhaltens auch erwarten,

22 Die Feldzeit der Studie lief vom 6. bis zum 21. September 2013; insgesamt wurden 529 Personen befragt. Diese stammen aus dem LINK Internet Panel und wurden zuvor aktiv durch bevölkerungsrepräsentative Telefoninterviews rekrutiert. Die Stichprobe wurde durch eine Quotenauswahl (nach Geschlecht, Alter und Bildung) aus der Grundgesamtheit der im LINK Internet Panel zur Verfügung stehenden Personen generiert.

das die Tabelle wieder einmal eindrucksvoll bestätigt. Bemerkenswert ist vielmehr, wie sich die in ergänzenden Modellen berücksichtigten Variablen, die sich auf die *Bundesebene* beziehen, auswirken. Da dies nämlich in erstaunlich geringem Maße der Fall ist, darf angenommen werden, dass sich die Wähler sehr wohl an Aspekten der Landespolitik orientieren, wenn sie ihre Wahlentscheidungen treffen. Sie denken eher an *Volker Bouffier* als an *Angela Merkel*, eher an landespolitische Kompetenzprofile als an bundespolitische. Sie verhalten sich – so könnte man sagen – in einem föderalen Sinne. Der einzige Ausstrahlungseffekt, der von der Bundesebene ausgehend festgestellt werden kann, ist die Bewertung von *Peer Steinbrück*: Je besser (beziehungsweise schlechter) er bewertet wurde, desto höher (bzw. niedriger) war die Wahrscheinlichkeit, auch in Hessen die SPD zu wählen. Angesichts seiner Umfragewerte muss das für die Sozialdemokraten in Hessen aber kein Vorteil gewesen sein.

Man darf dabei nicht vergessen, dass natürlich die Zusammenhänge zwischen landes- und bundespolitischen Faktoren eng sind. Wer *Volker Bouffier* gut findet, wird auch *Angela Merkel* tendenziell positiv bewerten – und umgekehrt.²³ Allerdings erreicht der Ministerpräsident selbst bei seinen Landsleuten bei weitem nicht so hohe Zustimmungswerte wie die Kanzlerin. Aus Sicht der hessischen CDU also hätte man sich durchaus wünschen können, dass die Wähler in stärkerem Maße an *Merkel* und nicht ganz so stark an *Bouffier* gedacht hätten. Sie taten dies aber nicht durchweg – und das erklärt, warum sich oben zwischen dem Bundestags- und dem Landtagswahlergebnis in Hessen eine entsprechende Abweichung ergeben hat. Auch wenn die Gleichzeitigkeit beider Wahlen also zu einer Harmonisierung des Wählerverhaltens geführt hat, gerade auch im Vergleich zu früheren Wahlen, so bleiben dennoch Spielräume für die Wähler, um landespolitische Aspekte zu berücksichtigen, die sie tatsächlich, wie die Tabelle zeigt, genutzt haben.

4. Regierungs- und Oppositionsbildung

Die Spannung rund um hessische Landtagswahlen ist nach den Wahlen häufig genauso groß wie vorher. In ihrer Grundstruktur ähnelte die Situation nach der Wahl 2013 jener des Jahres 2008. Wie damals reichte es erneut weder für die Wunschkoalition Schwarz-Gelb noch Rot-Grün. Während diese Situation aber fünf Jahre zuvor zunächst zu einer Paralyse des politischen Systems, dann zu einer dramatischen Zuspitzung mit einer doppelt gescheiterten Regierungsbildung von *Andrea Ypsilanti* und schließlich zu Neuwahlen geführt hatte, war der Umgang der Parteien mit der schwierigen Situation diesmal besonnener und entspannter.

Wie schon im Wahlkampf setzten sich kurioserweise auch an dieser Stelle die Parallelen zwischen Bundes- und Landesebene fort, denn auch die Bundestagswahl vom 22. September 2013 hatte die Bildung einer Wunschkoalition in Berlin nicht erlaubt. So kam es im Bund wie in Hessen zu einem regen Führen von Sondierungsgesprächen, an dem einzig die FDP nicht beteiligt war: in Berlin, weil sie nicht mehr im Bundestag vertreten war, in Wiesbaden, weil sie sich möglichen Gesprächen mit SPD und Grünen mit Blick auf eine Ampel-Koalition verschloss. Daran änderten auch personelle Wechsel bei den Liberalen

23 Die Korrelation zwischen beiden Skalometern liegt bei $r=0,61$.

nichts, denn kurz nach der Landtagswahl erklärte *Jörg-Uwe Hahn* seinen Rücktritt als Parteivorsitzender; er wurde durch *Stefan Ruppert* abgelöst. An die Spitze der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag rückte *Florian Rentsch*, der frühere Wirtschaftsminister.

Alle anderen Parteien – einschließlich der Linken – waren an zahlreichen Gesprächen beteiligt; Hessen erlebte „neun Wochen Schach“²⁴. CDU und Grüne sondierten, CDU und SPD sondierten, SPD, Grüne und Linke sondierten. Allerdings gerieten die Gespräche zwischen den drei linken Parteien als erste ins Stocken, so dass sich die Situation auf die Alternative Schwarz-Grün oder Große Koalition zuspitzte. Zwischen den beiden eigentlichen Wunschartnern – SPD und Grünen – entbrannte ein Wettkampf um die Rolle des Juniorpartners in der künftigen Koalition. Diese beiden Optionen blieben lange auf dem Tisch, so dass – anders als in Berlin – die Phase der Sondierungen rund zwei Monate in Anspruch nahm. Dabei erwies sich vor allem der Umgang mit dem Flughafen in Frankfurt als Knackpunkt der Verhandlungen. Das Bild vom „Korridor der Einigung“²⁵, den man gefunden habe, wurde zu einem geflügelten Wort rund um die Gespräche.

Am Ende der Sondierungen entschied sich die Union unter *Volker Bouffier* einstimmig, den Grünen und nicht den Sozialdemokraten Koalitionsverhandlungen anzubieten, was ein grüner Parteirat am Folgetag offiziell annahm. Angesichts der langen und an vielen Stellen schon sehr detaillierten Sondierungsgespräche wurden die eigentlichen Koalitionsverhandlungen dann schnell abgeschlossen. Am 18. Dezember 2013 stellten *Bouffier* und *Al-Wazir* den Vertrag mit dem Titel „Verlässlich gestalten – Perspektiven öffnen: Hessen 2014-2019“ der Öffentlichkeit vor, symbolisch umrahmt von großer Harmonie zwischen beiden. Auch die Gremien beider Parteien stimmten dem Vertrag letztlich zu. Die Grünen taten dies im Rahmen einer Landesmitgliederversammlung. Von rund 5.300 hessischen Grünen waren etwa 1.000 anwesend, von denen 74,2 Prozent mit Ja stimmten. Bei der CDU wurde das Koalitionsabkommen auf einem Kleinen Parteitag mit rund 100 Delegierten per Handzeichen einstimmig gebilligt.

Ministerpräsident	<i>Volker Bouffier</i> (CDU)
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	<i>Tarek Al-Wazir</i> (Grüne)
Minister und Chef der Staatskanzlei	<i>Axel Wintermeyer</i> (CDU)
Minister des Innern und für Sport	<i>Peter Beuth</i> (CDU)
Minister der Finanzen	<i>Thomas Schäfer</i> (CDU)
Ministerin der Justiz	<i>Eva Kühne-Hörmann</i> (CDU)
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	<i>Priska Hinz</i> (Grüne)
Minister für Soziales und Integration	<i>Stefan Grüttner</i> (CDU)
Kultusminister	<i>Alexander Lorz</i> (CDU)
Minister für Wissenschaft und Kunst	<i>Boris Rhein</i> (CDU)
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten	<i>Lucia Puttrich</i> (CDU)
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

24 Eine Chronologie der Ereignisse findet sich bei *Helmut Schwan*, Gut, dass sie darüber gesprochen haben, in: FAS (Rhein-Main) vom 24. November 2013, S. 1.

25 Ebenda.

Volker Bouffier wurde am 18. Januar 2014 in seinem Amt als hessischer Ministerpräsident bestätigt. Er erhielt 62 Stimmen – eine mehr als CDU und Grüne Sitze im Landtag haben. Neben dem Regierungschef stellt die CDU acht weitere Minister (vgl. Tabelle 4). Die beiden Ressorts, die die Grünen erhielten, zeigen allerdings einen bemerkenswerten Zuschnitt: *Tarek Al-Wazir* – wie im Wahlkampf angekündigt – wurde Minister für Wirtschaft, aber auch für Energie, Verkehr und Landesentwicklung. Sein Haus ist damit nicht nur groß – in anderen Bundesländern, wie er betonte, wären das mindestens zwei bis drei Ministerien –, sondern ist auch für zentrale Themen der Grünen, aber auch des Landes zuständig. *Priska Hinz* ist die zweite grüne Ministerin, zuständig für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Sie war bereits von 1998 bis 1999 Umweltministerin in Hessen.

Durch den Wechsel von *Al-Wazir* mussten die Grünen sowohl einen Nachfolger für den Partei- als auch für den Fraktionsvorsitz finden. Landesvorsitzende sind nun *Daniela Wagner* und *Kai Klose*, die Fraktion wird von *Mathias Wagner* geführt. Auf Seiten der CDU wechselte *Michael Boddenberg*, der zuvor Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund gewesen war, an die Spitze der Fraktion, nachdem sein Vorgänger *Christean Wagner* aus dem Landtag ausgeschieden war. In der SPD blieb die personelle Konstellation mit *Thorsten Schäfer-Gümbel* an der Spitze von Partei und Fraktion unverändert. Auch bei der Linken blieben mit *Willi van Ooyen* und *Janine Wissler* bekannte Gesichter im Fraktionsvorsitz.

Hessen hat nun also „schwarz-grüne Verhältnisse“ – als erstes Flächenland der Bundesrepublik. Erste Umfragen nach der Regierungsübernahme zeigten dabei einen guten Start für die neue Regierung. Inwieweit sich allerdings einige der Kompromisse, die – etwa mit Blick auf den Flughafen in Frankfurt – gefunden wurden, als tragfähig erweisen, wird die Zukunft zeigen müssen.

6. Zusammenfassung

- (1) Obwohl Hessen nach der Wahl 2009 das Interregnum „hessischer Verhältnisse“ wieder verlassen hatte und zu einer lagerbasierten schwarz-gelben Regierung zurückgekehrt war, gestaltete sich die Wahlperiode durchaus turbulent. *Roland Koch* legte nach über zehn Jahren sein Amt als Ministerpräsident nieder, *Volker Bouffier*, sein früherer Innenminister, folgte ihm als Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender. Die FDP, die bei der Wahl 2009 noch über 15 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wurde bald in Umfragen zu einer Partei nahe der Fünf-Prozent-Marke. Siege der SPD bei den Wahlen der Oberbürgermeister in Frankfurt und Wiesbaden schürten die Hoffnungen auf einen Wechsel.
- (2) Nach längeren Diskussionen um den Wahltermin entschied die Landesregierung, die Landtagswahl vergleichsweise früh und zeitgleich zur Wahl des Deutschen Bundestags am 22. September 2013 abzuhalten. Die Landtagswahl stand damit unter dem starken Einfluss der Bundestagswahl; es verwundert daher auch nicht, dass der Landtagswahlkampf weitgehend konkordant zum Wahlkampf auf Bundesebene verlief. Landespolitische Akzente waren vergleichsweise rar, am ehesten noch gingen sie von Streitigkeiten rund um den Frankfurter Flughafen aus.
- (3) Wie spannend Koalitionsfragen in Hessen immer sind, belegt das Sprichwort von den „hessischen Verhältnissen“. Die Parteien hatten ihre Lehren aus dem Desaster nach der

Wahl 2008 gezogen. Zwar gab es weiterhin Wunschkoalitionen – Rot-Grün, Schwarz-Gelb –, aber zugleich Offenheit für andere Konstellationen. „Ausschließertitis“ kam kaum noch vor.

- (4) Die CDU ging als klar stärkste Kraft aus der Landtagswahl hervor; die SPD konnte nach ihrem desaströsen Ergebnis 2009 um sieben Prozentpunkte zulegen. Die Grünen erzielten – für sie enttäuschende – 11,1 Prozent. FDP und Linke konnten mit knapp über fünf Prozent in den Landtag einziehen. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,2 Prozent und damit um 12,2 Prozentpunkte höher als bei der Wahl zuvor – eine unmittelbare Folge der Zusammenlegung der Landtags- mit der Bundestagswahl.
- (5) Das Wahlergebnis verschaffte keiner der beiden Wunschkoalitionen eine Mehrheit. Auf die Wahl folgte daher eine lange Phase von Sondierungsgesprächen zwischen CDU und Grünen, CDU und SPD sowie zwischen SPD, Grünen und Linken. Nachdem Gespräche über ein Linksbündnis früh ins Stocken geraten waren, entschied sich die Union letztlich, den Grünen Koalitionsverhandlungen anzubieten. Die Grünen nahmen dieses Angebot an, und die eigentlichen Koalitionsverhandlungen wurden zügig abgeschlossen. Im Januar 2014 wurde *Volker Bouffier* im Hessischen Landtag in seinem Amt als Ministerpräsident bestätigt.

Klarmachen zum Ändern? Die Piratenfraktion nach zwei Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus

Carsten Koschmieder

Nachdem die Piratenpartei bei der Wahl am 18. September 2011 mit 8,9 Prozent der Stimmen fünfzehn Mandate im Berliner Abgeordnetenhaus errungen hatte, gab es in der Öffentlichkeit, vor allem aber bei ihren Wählern und Anhängern die Erwartung, diese in so vielen Punkten ungewöhnliche Partei würde auch im Parlament alles „anders“ machen. Der Spitzenkandidat *Andreas Baum* antwortete denn auch auf die Frage, worauf er in fünf Jahren besonders stolz sein werde: „Dass sich durch die Piraten im Abgeordnetenhaus viel verändert hat.“¹ Ihre Versprechen und ihre Rhetorik im Wahlkampf ließen in der Tat viele Veränderungen erwarten: Die stärkere Beteiligung der Bürger an den Entscheidungen des Parlaments, eine neue Kultur der Transparenz, die Ablehnung der Fraktionsdisziplin sowie ein freches, unangepasstes Auftreten – auf all diese Ideen bezogen sich Aussagen wie die des frischgebackenen Abgeordneten *Simon Weiß*, der auf der Wahlparty sagte: „Wir wollen Politik anders machen.“² Nach der Wahl allerdings geriet die neugebildete Fraktion schnell in das Spannungsfeld zwischen ihren eigenen Vorstellungen von Politik einerseits, den Anforderun-

1 *Jens Anker*, „Das Experiment hat sich gelohnt“, in: Berliner Morgenpost vom 4. September 2011, S. 2.

2 *Karin Christmann*, Wir werden von uns hören lassen, in: Der Tagesspiegel vom 19. September 2011, S. 5.